

„Diese Katastrophe war kein Zufall“

Wie wurde die Love Parade in Duisburg zu einem der schlimmsten Verwaltungsdesaster Deutschlands? Es lag am politischen Druck, sagt der Politologe Wolfgang Seibel.

Herr Seibel, nun beginnt endlich der Prozess zur Love Parade, bei der im Juli vor sieben Jahren 21 Menschen ums Leben kamen und mehr als 600 verletzt wurden. Sie erforschen „Verwaltungsdesaster“ – so auch der Titel ihres neuesten Buches. Wie wurde die Love Parade zum Verwaltungsdesaster?

Dadurch, dass maßgebliche Kräfte in der Duisburger Stadtverwaltung nicht wahrhaben wollten, dass der alte Güterbahnhof als Veranstaltungsgelände für eine Großveranstaltung wie die Love Parade nicht geeignet war. Leitende Verwaltungsbeamte haben sich über die von ihren Mitarbeitern früh und umfassend geäußerten Bedenken geradezu mutwillig und grob fahrlässig hinweggesetzt. Bei der Love Parade handelt es sich um eines der schlimmsten Verwaltungsdesaster in Deutschland. Hätte die Duisburger Verwaltung ihre eigenen Bedenken ernst genommen, hätte die Veranstaltung zwingend abgesagt werden müssen. Die Love-Parade-Katastrophe ist kein Ereignis, das zufällig oder schicksalhaft passierte. Es ist eine durch und durch menschengemachte Katastrophe.

Die Mitarbeiter der Bauabteilung warnten sogar ausdrücklich vor strafrechtlichen Konsequenzen. Warum ist die Verwaltungsspitze das Risiko dann trotzdem sehenden Auges eingegangen?

Es gab einen enormen politischen Druck, dass die Love Parade 2010, als das Ruhrgebiet europäische Kulturhauptstadt war, unbedingt stattfinden sollte. 2009 war die Love Parade in Bochum ja schon aus Sicherheitsbedenken abgesagt worden. Nun wollte es Duisburg unbedingt gebacken bekommen. Aber früh war klar, dass das Konzept des privaten Love-Parade-Veranstalters schlicht und einfach nicht genehmigungsfähig war. Die Fachrationalität der Verwaltung wurde jedoch verdrängt von den Zielen der politischen Entscheidungsträger. Die Politisierung von Fachfragen stellt übrigens ein Grundmuster dar, das wir bei

der Erforschung von Verwaltungsdesastern nachweisen können. Im Fall Love Parade war diese Überlagerung besonders folgenschwer.

Kurz vor der Love Parade holte die Stadt Duisburg sogar noch ein Gutachten ein, um die Genehmigung zu ermöglichen.

Genau. Diese externe Expertise wurde manipulativ eingesetzt, um die überaus berechtigten Bedenken der eigenen Bauverwaltung einzuhegen. Das Gutachten diente der Scheinrechtfertigung der auf politischer Ebene längst getroffenen Entscheidung.

Ausgerechnet der Dezernent für Recht und Ordnung schlug sich in diesen Wochen auf die Seite der Love-Parade-Veranstalterfirma und setzte das eigene Bauamt massiv unter Druck, statt seiner Kernaufgabe nachzukommen und auf Rechtmäßigkeit zu pochen. Trotzdem muss sich nun keiner der früheren Rechtsamtsmitarbeiter vor Gericht verantworten. Können Sie das nachvollziehen?

Aus strafrechtlicher Sicht ist das nachvollziehbar. Denn in dem Prozess geht es um die Frage, welche konkreten Entscheidungen und Unterlassungen der Verwaltung kausal dazu geführt haben, dass 21 Menschen starben und mehr als 600 verletzt wurden. Und genehmigt wurde die Veranstaltung nun einmal von der Bauverwaltung. Aber es ist eine bittere Ironie, dass der ehemalige Rechtsdezernent, der intern den allergrößten Druck auf die Baubehörde ausübte, nun im Verfahren außen vor bleibt. Dagegen sitzt der frühere Baudezernent auf der Anklagebank, obwohl er in den Wochen vor der Love Parade noch handschriftlich auf einem Besprechungsvermerk seine eigenen Bedenken geschrieben hat. Allerdings muss man dem Baudezernenten vorhalten, dass er sich nicht schützend vor seine eigenen Mitarbeiter gestellt hat, von denen ja ebenfalls mehrere angeklagt sind. Allein von den Machtverhältnissen her hätte nur er die Möglichkeit gehabt, dafür zu sorgen, dass der po-



Gedenken in Duisburg: 21 Menschen kamen bei der Love Parade vor sieben Jahren ums Leben.

Foto dpa

litische Einfluss auf seine eigenen Mitarbeiter nicht überhandnimmt.

Im Love-Parade-Prozess kann nun nur versucht werden, den strafrechtlichen Teil der Katastrophe zu durchleuchten. Warum hat es bisher keine umfassende unabhängige Untersuchung gegeben?

Wenn es nach einem Disaster nicht zu einer systematischen Aufklärung kommt, hat das oft ähnliche Ursachen wie der aufklärungsbedürftige Sachverhalt selbst, nämlich die Politisierung von Fachfragen und die Abwägung von politischer Opportunität. Das scheint mir auch der Grund dafür zu sein, dass weder der nordrhein-westfälische Landtag einen Untersuchungsausschuss einrichtete, noch sich die damalige Ministerpräsidentin Hannelore Kraft dazu durchringen konnte, einen Sonderermittler zu bestellen. Das ist ein Skandal im Skandal, auch ein Affront gegen die Hinterbliebenen und Opfer. Dieser Fall hätte unbedingt jenseits der rechtlichen Klärung auch deshalb umfassend aufgearbeitet werden müssen, damit künftige Verwaltungsmitarbeiter aus ihm lernen können.

Was kann der Verwaltungs-Nachwuchs aus der Love-Parade-Katastrophe lernen?

Die zentrale Lehre aus dem Duisburger Disaster lautet: Es ist grundsätzlich von Übel, wenn bei rechtlich gebundenem Verwaltungshandeln politische Opportunitäts-

wägungen überwiegen. In der Ausbildung sollte mehr Wert auf die verwaltungsethische Dimension gelegt werden. Es geht um die Kunst der Unterscheidung. Man muss Wissen haben, Erfahrung, auch Mut, nicht nur zu erkennen, was falsch läuft, sondern auch die Konsequenzen daraus zu ziehen, selbst wenn man weiß, man macht sich damit nicht beliebt. Zusammengefasst, geht es darum, zu erkennen, wo die Grenzen des im Verwaltungshandeln immer auch notwendigen Pragmatismus liegen. Es geht um ein waches Bewusstsein dafür, was auf dem Spiel steht. Die Love Parade und andere Fälle von Verwaltungsdesastern sollten in der Ausbildung von Verwaltungsbeamten exemplarisch behandelt werden. Meine Erfahrung als Hochschullehrer ist, dass das bei den jungen Leuten, die in die Verwaltung streben, auch hängenbleibt. Junge Leute sind sehr empfänglich für diese Art von grundsätzlichen, ethischen Erwägungen. Sie wollen die Welt ein bisschen besser machen. Und das kann man mit einer guten Verwaltung durchaus.

Die Fragen stellte **Reiner Burger**



Foto privat

Wolfgang Seibel ist Professor für Politik- und Verwaltungswissenschaft an der Universität Konstanz und Adjunct Professor an der Hertie School of Governance, Berlin.